

BLICK ZURÜCK

Truppentransit durch die Schweiz?

Vor dreissig wie vor hundert Jahren stand die junge Republik Litauen im Fokus schweizerischer Aussenpolitik

THOMAS BÜRGISSER

Vor dreissig Jahren erfüllt sich in Litauen ein lange gehegter Traum. Am 19. August 1991 putschen in Moskau konservative Militärs und Apparatschiks gegen den reformorientierten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow. Mit ihrem vergeblichen Versuch, den Zerfall von Parteiherrschaft und Vielvölkerstaat mit Gewalt abzuwenden, beschleunigten sie im Gegenteil den Zerfall der UdSSR. Die Republik Litauen, deren Bevölkerung sich bereits im Frühjahr 1990 in einem Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen hat, nutzt die Staatskrise, um im Verband mit den Nachbarn Lettland und Estland, die sich nun ebenfalls als eigenständig erklären, Fakten zu schaffen.

Russlands Präsident Boris Jelzin, der den Putschversuch in Moskau vereitelt, anerkennt die drei baltischen Republiken; kurz darauf tun dies auch die skandinavischen Staaten und die Europäische Gemeinschaft. Die Schweiz reagiert etwas später, am 28. August 1991: Der Bundesrat beschliesst die «Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen» – schliesslich habe die Eidgenossenschaft die sowjetische Annexion des Baltikums von 1940 nie für rechtens erklärt. Tatsächlich hat Bern Litauen bereits am 16. August 1921 völkerrechtlich anerkannt.

Besingen der Schweiz

Allerdings ist die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg ebenfalls nicht unter den allerersten Staaten, die Litauen anerkennen. Dies mag viele enttäuscht haben. Im kleinen baltischen Land geniesst die Schweiz nämlich den Ruf einer Wiege der Nation. Litauens Nationaldichter Maironis besingt in Gedichten die Schönheit des Vierwaldstättersees und der Rigi. Die Verse, die heute jedes litauische Schulkind rezitieren kann, hat er Ende des 19. Jahrhunderts während eines Kuraufenthalts in Meggen verfasst. Die neutrale und liberale Schweiz ist damals eine Drehscheibe der politischen Emigration aus den autoritären Regimen Europas. So wirbt während des Ersten Weltkriegs die nationalistische Exilpresse von Lausanne aus für die Unabhängigkeit Litauens vom russischen Zarenreich. An Konferenzen in Bern fassen die künftigen politischen Eliten zentrale Beschlüsse über die Ausgestaltung der litauischen Republik, die schliesslich am 16. Februar 1918 ausgerufen wird.

Zwar nimmt der Bundesrat im Dezember 1918 durch den Empfang einer vom Diplomaten Jurgis Šaulys

geleiteten «lettischen Mission» – wie im Protokoll irrtümlicherweise festgehalten ist – de facto Beziehungen zu Litauen auf. Die offizielle Anerkennung erfolgt derweil erst zweieinhalb Jahre später. Die eidgenössische Zurückhaltung gründet darin, dass die Souveränität der jungen Republik bald nach ihrer Proklamation in Bedrängnis gerät. Im April 1919 und im Oktober 1920 besetzt eine polnische Armee weite Gebiete um Wilna, die heutige Hauptstadt Vilnius, in der mehrheitlich Polen und Juden wohnen. Sowohl Warschau als auch die litauische Regierung in Kaunas beanspruchen diese Territorien. Im Osten tobt derweil noch immer der russische Bürgerkrieg.

Zaudernder Aussenminister

In dieser spannungsreichen Situation anbietet sich der Völkerbund in Genf als Vermittler. Eine internationale Polizeitruppe soll nach Wilna entsandt werden, um die Entwaffnung der polnischen Armee sowie die Durchführung eines Referendums über die Zugehörigkeit der Region sicherzustellen. Es ist die erste Bewährungsprobe der

nach den Schrecken des Weltkriegs aus der Taufe gehobenen Weltfriedensorganisation.

Und nun kommt wieder die Schweiz ins Spiel: Die Eidgenossenschaft ist im Mai 1920, ebenfalls als Resultat einer Volksabstimmung, dem Völkerbund als Vollmitglied beigetreten. Der Souverän hat seinen Entscheid mit wenig Enthusiasmus gefällt, obwohl sich der Bundesrat mit der Londoner Erklärung einen Neutralitätsvorbehalt bei militärischen Sanktionen ausbedungen hat. Die Skepsis gegenüber der supranationalen Organisation bleibt gross. So löst gerade die Frage der Neutralität bald eine Krise aus. Für die Schweiz stellt sich in der Wilna-Frage erstmals der Bündnisfall ein. Über die französische Botschaft in Bern wird dem Bundesrat nämlich der Plan unterbreitet, die internationalen Truppen über die Schweiz nach Litauen zu entsenden. Aussenminister Giuseppe Motta gibt zunächst den Bescheid, er habe gegen den Durchmarsch belgischer, britischer und spanischer Kontingente für die «Friedensmission» in Litauen keinerlei Einwände. Es handle sich um einen Akt der Solidarität, «der

den höchsten Interessen der Menschlichkeit dient».

Rasch erheben sich jedoch in Bundesrat, Parlament und Presse Proteste und empörte Stimmen gegen das Unternehmen. Zwar erachten die Experten des Aussendepartements den Transit von Ordnungstruppen prinzipiell als vereinbar mit dem völkerrechtlichen Status der Schweiz. Je nachdem, wie sich die Situation um Wilna entwickeln würde, könnten die Polizeikräfte des Völkerbundes jedoch in einen bewaffneten militärischen Konflikt verwickelt werden: Dies hängt von den Reaktionen Polens, der litauischen Regierung sowie des Räteregimes in Russland ab, die der Aktion skeptisch bis feindselig gegenüberstehen. Völkerbundskritische Konservative bezweifeln daher, dass ein Durchzug fremder Truppen mit der Neutralität vereinbar sei. Gleichzeitig halten es viele Linke mit Sowjetrussland, das jede «imperialistische Intervention» der kapitalistischen Mächte verurteilt. Schliesslich zieht das Aussendepartement seinen ursprünglichen Antrag zurück und empfiehlt dem Bundesrat, in seiner Sitzung vom 7. Februar 1921 aufgrund der

ungeklärten internationalen Lage ein Gesuch des Völkerbunds auf Truppentransit abzulehnen.

«Moralischer Schaden»

Beim Völkerbund schlägt der negative Entscheid ein wie eine Bombe. Mangelnder Wille und Unwissenheit werden dem Bundesrat vorgeworfen: Dass der demokratische Musterschüler Schweiz – notabene als privilegierter Sitzstaat des in Genf situierten Völkerbundes – schon bei der ersten Gelegenheit einen solidarischen Akt zur Förderung von Frieden und Demokratie in Europa ausschlägt, wird als ungeheurer Affront wahrgenommen. Hatte man der Schweiz nicht ein Sonderstatut eingeräumt, damit das Land eben ohne neutralitätspolitische Bedenken an dem Friedensprojekt partizipieren konnte? Die Landesregierung habe der Weltorganisation «grossen moralischen Schaden» zugefügt, schimpft der französische Delegierte im Völkerbundsrat. Die Wogen glätten sich erst, als der Völkerbund im März 1921 sein Expeditionsprojekt aufgibt.

Nicht so hohe Wellen wie die «Affaire de Vilna» schlägt siebzig Jahre später die zögerliche Anerkennung der baltischen Staaten durch den Bundesrat. Die Presse moniert, die offizielle Schweiz habe eine grosse Chance vertan, den Kleinstaaten an der Ostsee in einer kritischen Phase den Rücken zu stärken. Die Wogen glättet die Landesregierung, indem sie am 7. September 1991 spontan ranghohe Vertreter aus Estland, Lettland und Litauen zum «Europatag» im Rahmen der 700-Jahrfeier der Eidgenossenschaft nach Sils Maria einfliegen lässt – mit dem Bundesratsjet. Die Balten zeigen sich tief beeindruckt von der sonnigen Engadiner Bergwelt und den Wundern der westlichen Wohlstandsgesellschaft. Der aus Vilnius angereiste litauische Vizepräsident Bronislavas Kuzmickas bezeichnet die Teilnahme offizieller baltischer Delegationen am Festakt «als symbolisch für die Rückkehr dieser Länder zur Tradition der europäischen Demokratie».

Thomas Bürgisser ist Historiker bei der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Die erwähnten Dokumente sind online verfügbar: dodis.ch/C2107.

BLICK ZURÜCK

Jede Woche beleuchtet die NZZ ein historisches Ereignis. Die Beiträge der Serie finden Sie auf

NZZ nzz.ch/schweiz